



Inhaltsverzeichnis

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH	3
02.07.2025 CHIP Online: DDR-Atomkraftwerk wird zur Milliardenfalle: Strahlung viel höher als erwartet	4
02.07.2025 t-online.de: Gefährlicher Atommüll soll Garching bald verlassen	5
02.07.2025 taz.de: Russland träumt nuklear in Afrika	7
03.07.2025 Aachener Zeitung Nordkreis: Transportgenehmigung soll noch im Sommer kommen	9
03.07.2025 Freie Presse - Chemnitzer Zeitung: Streit um Atommüll-Endlager in Sachsen	11
03.07.2025 Bergedorfer Zeitung: Krümmel: „Das Zwischenlager soll kein Endlager werden“	13

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH

 CHIP Online

DDR-Atomkraftwerk wird zur Milliardenfalle: Strahlung viel höher als erwartet

2. Juli 2025 15:15 | Medienart: Online | Visits/Monat: 74.000.000

[Originalartikel](#) (Online Website)

Besonders kritisch ist laut Henry Cordes, Geschäftsführer des Entsorgungswerkes für Nuklearanlagen (EWN), das sogenannte Spezialgebäude 1. In diesem Bereich wurden früher radioaktive Flüssigkeiten und Reststoffe verarbeitet. Die dort gemessene Strahlenbelastung stellt die Abbruch-Teams vor große Probleme, da der belastete Beton aufwendig und unter höchsten Sicherheitsvorkehrungen entfernt werden muss. Sogar in die Gebäudestatik muss eingegriffen werden, um den Rückbau fortsetzen zu können.

Auch finanziell zieht das Projekt immer weitere Kreise. Die letzte Kostenschätzung für das Projekt lag noch bei 6,6 Milliarden Euro. Inzwischen rechnet das EWN mit etwa zehn Milliarden Euro. Die Bundesregierung hatte dem bundeseigenen Unternehmen 2022 die Mittel gekürzt. Daraufhin musste Cordes 80 Zeitarbeiter entlassen. Vor allem die dadurch entstandene Verzögerung treibt nun die Kosten in die Höhe. Das EWN rechnet inzwischen mit einem Ende der Arbeiten Mitte der 2040er-Jahre.

Kritik von Gegnern

Gefährlicher Atommüll soll Garching bald verlassen

Bald könnte Atommüll aus dem Forschungsreaktor Garching auf die Reise gehen. Betreiber und Gegner liefern sich einen Schlagabtausch über die Gefahren.

Atomkraftgegner schlagen Alarm wegen geplanter Transporte von hochangereichertem Uran aus dem stillgelegten Forschungsreaktor FRM II in Garching in das Zwischenlager Ahaus. Das private Umweltinstitut München und die Anti-Atom-Organisation kritisieren, der Atommüll sei wegen seines hohen Gehalts an atomwaffenfähigem Uran besonders riskant. Die Transporte über 700 Kilometer könnten laut Experten erhebliche Gefahren bergen.

Das Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) hatte kürzlich mitgeteilt, dass Genehmigungen für Transporte aus Garching und Jülich kurz bevorstehen. Transporte könnten demnach ab dem vierten Quartal

dieses Jahres beginnen. FRM-II-Sprecherin Andrea Voit sagte: "Wir sind optimistisch, dass das bald der Fall sein wird, wenn die Genehmigung da ist." Das Abklingbecken in Garching sei fast voll.

Debatte um Gefahren des Atommülls

Der Abfall aus Garching enthält laut Betreibern und Gegnern noch über 87 Prozent hoch angereichertes Uran. Während Atomkraftgegner betonen, dass bereits eine Castorladung mehr Uran als für eine Atombombe enthält, halten die Betreiber den Missbrauch für unrealistisch: "Es ist nicht richtig, dass das Uran aus dem Brennelement missbräuchlich verwendbar ist. Es müsste erst durch Trennverfahren extrahiert

werden", erklärte Voit. Eine direkte Nutzung für Atomwaffen sei nur mit aufwendigen Wiederaufarbeitungsanlagen möglich.

Atomkraftgegner fordern stattdessen, den Müll am Standort Garching zwischenzulagern und so Transportgefahren zu vermeiden. Laut Betreiber sei das zentrale Zwischenlager Ahaus jedoch seit dem Jahr 2000 für die Aufnahme dieser Abfälle vertraglich festgelegt. Der Forschungsreaktor steht seit fünf Jahren still; ein Neustart ist nicht vor 2026 zu erwarten. Ein Brennstoff mit weniger als 20 Prozent angereichertem Uran soll laut Betreiber ab den 2030er-Jahren zum Einsatz kommen.

Wörter:	281	Jahrgang:	2025
Rubrik:	München	Ausgabe:	Einzelausgabe
Kurztitel:	Atommüll soll bald Garching verlassen	Visits (VpD):	16.335.833 ¹
Medienkanal:	ONLINE		
Mediengattung:	Online News		
Medientyp:	ONLINEMEDIEN		
Weblink:	https://muenchen.t-online.de/region/muenchen/id_100800560/garching-bei-muenchen-transport-von-atommuell-rueckt-naeher-debatte-um-uran.html		

¹ von PMG gewichtet 05-2025



Der Atomreaktor in Garching (Archivbild): Bereits seit gut fünf Jahren steht der FRM II still. *Fotonachweis: IMAGO / NurPhoto*

Atomkongress in Ruanda

Russland träumt nuklear in Afrika

Beim afrikanischen Atomkongress werben Nuklearunternehmen für mehr AKWs auf dem Kontinent. Ganz vorne mit dabei: der russische Staatskonzern Rosatom. Von Simone Schlindwein

Kampala taz | In Ruandas Hauptstadt Kigali findet der erste afrikanische Innovationsgipfel zum Thema Nuklearenergie statt. Unter dem Motto „600 Millionen Afrikaner haben keinen Zugang zu Strom“ preisen die Veranstalter die Atomenergie „mit ihren minimalen CO₂-Emissionen und zunehmend wettbewerbsfähigen Kosten“ als praktikable Option.

Diskutiert werden vor allem die Möglichkeiten, mithilfe von sogenannten Small Modular Reactors (SMRs) und Mikroreaktoren (MMRs) die Energiewende auf dem Kontinent zu beschleunigen, wie es in der Ankündigung heißt (<https://www.neisafrica.org/>).

SMRs und MMRs sind kleinere Reaktoren, die aus vorgefertigten Teilen zusammengesetzt werden. Sie enthalten weniger Brennstoff und produzieren weniger Energie als große AKWs. Von den Herstellern werden sie als sicherer gepriesen.

Ein Gutachten im Auftrag des deutschen Bundesamts für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (https://www.base.bund.de/de/forschung/themenfelder/nukleare-sicherheit/_documents/sm-r.html?nn=333114) (BASE) kam jedoch zum Schluss, dass „die hohe Anzahl an Reaktoren, die für die gleiche Produktionsmenge an elektrischer Leistung notwendig ist, das Risiko jedoch wiederum um ein Vielfaches erhöht“.

Weltbank vergibt neuerdings Kredite für AKWs

Energie- und Infrastrukturminister aus zahlreichen afrikanischen Ländern, Vertreter der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA), der UNO-Wirtschaftskommission für Afrika und des Nuklearverbandes (NEA) waren nach Kigali gereist. Selbst der Premierminister von Niger war anwesend, wo eine der größten Uran-Reserven Afrikas in der Erde schlummert.

Es gebe einen neuen „globalen Trend“ hin zur Nuklearenergie, so Rafael Mariano Grossi, Vorsitzender der IAEA, in seiner Eröffnungsrede in Kigali: „Für viele Jahre war die Investition in Nuklearenergie keine Option.“

Der Grund dafür war in erster Linie das fehlende Geld, so Grossi. „Bislang waren alle Türen fest verschlossen für die Option, dass internationale Finanzinstitutionen in Nuklearprojekte involviert sind.“

Doch erst vor wenigen Tagen hat die Weltbank angekündigt (<https://www.worldbank.org/en/news/press-release/2025/06/26/world-bank-group-iaea-formalize-partnership-to-collaborate-on-nuclear-energy-for-development>), künftig den Bau kleiner Atomkraftwerke mit Krediten und Zuschüssen zu unterstützen. Der Strombedarf in Entwicklungsländern werde sich bis 2035 verdoppeln, begründete Weltbank-Chef Ajay Banga den Schritt. „Arbeitsplätze brauchen Strom. Das gilt auch für Fabriken, Krankenhäuser, Schulen und Wassersysteme.“

Ruanda will stabile Stromversorgung

Ruanda, das sich stets als „grün“ profiliert, geht voran. Noch immer haben dort 30 Prozent der Bevölkerung keine einzige Glühbirne zu Hause. „Ruanda möchte für den Kontinent ein Beispiel sein“, sagte der Vorsitzende des ruandischen Atomenergiebehörde (RAEB), Lassina Zerbo, in seiner Eröffnungsrede.

Bereits im Vorfeld der Konferenz hatte RAEB angekündigt, in den nächsten fünf bis acht Jahren die ersten Minireaktoren zu errichten und damit rund 3.000 Haushalte mit Strom zu versorgen. Bislang besteht Ruandas Energiemix aus Solarenergie, Wasserkraft und jeder Menge Dieselgeneratoren.

Doch Solar- und Wasserkraft sind abhängig von Sonnen- und Regenzeiten und ohne Stromspeicher nicht immer verfügbar. „Man kann keine Industrialisierung fördern mit Stromausfällen und instabiler Stromversorgung“, sagte Grossi in Kigali.

Die Debatte, ob afrikanische Regierungen in Nuklearenergie investieren sollen, ist Jahrzehnte alt. Die Atomkatastrophe im japanischen Fukushima 2011 hatte diese Option zunächst zunichtegemacht, weil kaum ein Geldgeber mehr investieren wollte, vor allem nicht in Afrika, wo es kaum ausgebildetes Personal gibt.

Dann kam Russland

Der Energiehunger blieb aber bestehen – und wurde stetig größer. Dann legte Russland den Afrikanern ein Komplettpaket vor, das viele gar nicht ausschlagen konnten: von der Finanzie-

rung über den Betrieb, die Ausbildung von Fachkräften bis hin zur Entsorgung des Atommülls.

„Wir glauben fest daran, dass die Kernenergie eine kostengünstige und verlässliche Alternative ist für Länder, die ihre Energieversorgung erhöhen wollen“, erklärte Dmitri Schornikow, Rosatom-Chef für Afrika, 2018 der taz.

Kurz darauf lud Rosatom die Afrikaner zur großen Atom-Expo nach Sotschi ans Schwarze Meer ein. Dort unterzeichneten Kenia, Äthiopien, Sudan, Angola, die Republik Kongo und Uganda Abkommen mit Rosatom. Ruanda folgte ein Jahr später. Seitdem haben 130 junge Ruander in Russland studiert, um die junge Generation für die Technologie fit zu machen.

Als Vorbild auf dem Kontinent gilt die Rosatom-Partnerschaft mit Ägypten. Dort baut Rosatom in El Dabaa an der Mittelmeerküste vier große Meiler für umgerechnet 25 Milliarden Dollar.

Neu war das Finanzierungskonzept: 85 Prozent werden von russischen Staatsbanken als Kredite direkt an Rosatom gestellt.

Rosatom bleibt im Besitz der Reaktoren, bis die Kredite abbezahlt sind. Der Konzern verkauft den erzeugten Strom an Ägyptens Regierung, die die Kosten wiederum auf die Konsumenten umlegt. Der Reaktor soll 2028 ans Netz gehen.

Auch westliche Unternehmen investieren in Ruanda

Mittlerweile konkurrieren auch wieder westliche Unternehmen um die Aufträge aus Afrika. Für die Errichtung kleiner Reaktoren ist Ruanda 2023 eine Partnerschaft mit dem deutsch-kanadischen Unternehmen „Dual Fluid Energy CEO“ eingegangen, ein Start-Up, das sich auf die Entwicklung von SMRs und MMRs spezialisiert hat.

Bei Vertragsunterzeichnung hatte Ruanda angekündigt, den ersten Testreaktor 2026 einzuschalten und bis 2028 die Testphase erfolgreich zu Ende zu bringen.

Ein weiteres Abkommen beschloss Ruandas Atombehörde im vergangenen Jahr mit der US-amerikanischen Firma NANO Nuclear Energy Inc., die ebenfalls Mini-Reaktoren baut. Als den Beginn einer „neuen Ära“ bezeichnete Zerbo vom Ruandas Atombehörde die Partnerschaft.

Frank Habineza von der ruandischen Partei „Die Grünen“ kritisiert gegenüber der taz die Idee: „Wir haben im Parlament dagegen gestimmt und versucht die Menschen aufzuklären“, so Habineza im taz-Interview 2024. „Wenn etwas passiert, können viele sterben“, warnt er.

Wörter:	828	Jahrgang:	2025
Autor/-in:	Simone Schlindwein	Ausgabe:	Einzelausgabe
Ressort:	Politik	Visits (VpD):	400.726 ¹
Rubrik:	Ökonomie	Unique Users (UUpD):	79.000 ²
Medienkanal:	ONLINE		
Mediengattung:	Online News		
Medientyp:	ONLINEMEDIEN		

Weblink: <http://www.taz.de/Atomkongress-in-Ruanda/!6094719>

Urheberinformation: TAZ Verlags- und Vertriebs GmbH

¹ von PMG gewichtet 05-2025

² gerundet agma ddf Ø-Tag 2023-03 vom 21.04.2023, Gesamtbevölkerung 16+

Transportgenehmigung soll noch im Sommer kommen

Das zuständige Bundesamt will in Kürze die Verlagerung des Jülicher Atommülls nach Ahaus erlauben und tendiert dazu, den sofortigen Vollzug anzuordnen. Trotz Klagen könnten die Castortransporte dann starten.

Jülich Seit etlichen Jahren hat das Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) den Antrag auf Transportgenehmigung für die in Jülich eingelagerten Castoren ins Zwischenlager in Ahaus auf dem Tisch liegen. Jetzt sieht man sich „kurz vor der Genehmigung“. Noch in diesem Sommer soll es so weit sein. Aktuell läuft noch eine Abstimmung mit dem Bundesumweltministerium, danach soll der Antragsteller, also die Jülicher Entsorgungsgesellschaft für Nuklearanlagen (JEN), einen Entwurf der Genehmigung vorgelegt bekommen, erklärt Christoph Bunzmann, Leiter der Abteilung Genehmigungsverfahren beim BASE. So soll gewährleistet werden, dass die Transporte entsprechend den Festlegungen in der Genehmigung umsetzbar sind. Unter anderem werden darin verschiedene geeignete Transportrouten verbindlich festgelegt.

Beantragt sind von der JEN 152 Einzeltransporte von Jülich nach Ahaus, Gültigkeit hätte die Transportgenehmigung auch, wenn mehrere Schwerlasttransporter im Konvoi fahren – verfügbar sind insgesamt vier Transportgespanne. Die Entscheidung darüber liegt bei der Polizei als zuständiger Sicherheitsbehörde, die sich in der Vergangenheit für eine solche Bündelung

ausgesprochen hat. Die verschiedenen Möglichkeiten seien besprochen worden, bestätigt Bunzmann. In Absprache mit der Genehmigungsbehörde könne die Polizei auch Modifikationen an der Streckenführung vornehmen, wenn es dafür sicherheitstechnische Gründe gibt. Nicht festgelegt ist in der Genehmigung die Tageszeit, zu der die Castoren durchs Land rollen sollen. „Wie genau ein geregelter Transport abläuft, ist Sache des Landes“, so Bunzmann.

Für besagte Schwertransporte braucht es über die atomrechtliche Genehmigung hinaus eine weitere Genehmigung, die die Bezirksregierung erteilen muss, mit der aufgrund der jeweils aktuellen Beschaffenheit der Strecken aber erst kurzfristig vor den Transporten zu rechnen ist. Noch in der Abwägung ist man beim BASE darüber, ob zeitgleich mit der Genehmigung der sofortige Vollzug angeordnet werden soll. Eine solche Anordnung würde ermöglichen, dass die Transporte starten könnten, auch wenn Einspruchsverfahren gegen die Transportgenehmigung laufen. Einen entsprechenden Antrag, der für die Prüfung einer solchen Anordnung nötig ist, habe die JEN gestellt. „Ich tendiere dazu, dass eine sofortige Anordnung erteilt werden kann“, sagt

Christoph Bunzmann. So könnte verhindert werden, dass aufwendige Transportvorbereitungen getroffen werden, und die Transporte in letzter Minute doch noch gestoppt werden.

Nur Prüfung des Transports, „Wir sprechen uns dafür aus“, ergänzt BASE-Präsident Christian Kühn, „weil es seit der Räumungsanordnung von 2014 kein genehmigungsfähiges Sicherheitskonzept für Jülich gibt und auch nicht absehbar ist, wann das Zwischenlager wieder genehmigungsfähig wäre.“ Die sofortige Räumung sei daher zwingend angezeigt. Für eine erneuerte Genehmigung des Jülicher Zwischenlagers wäre die BASE zuständig, dazu fehlen aber seit Jahren Nachweise, die die JEN erbringen muss, unter anderem geht es um die IT-Sicherheit.

Das BASE prüft in dem aktuellen Verfahren im Übrigen ausschließlich, ob der Transport der Castoren genehmigt werden kann. „Sind alle technischen Bedingungen erfüllt, erteilen wir die Genehmigung“, betont Kühn. Die Abwägung anderer Optionen, wie der Bau eines neuen Zwischenlagers in Jülich, liegt nicht im Aufgabenbereich des Amtes.

Streit um Atommüll-Endlager in Sachsen

Tektonische Linien werfen Fragen zur Sicherheit auf. Bundesgesellschaft und Landesamt uneins zur Tauglichkeit von vier Bereichen. In Mittelsachsen und Erzgebirge noch viele Flächen im Fokus.

Jens Eumann

Rund ein Drittel der Fläche Sachsens gilt nach wie vor als geeignet, Deutschlands hoch radioaktiven Atommüll dauerhaft aufzunehmen. Konkreter: Unter sich aufzunehmen. Das im Standortauswahlverfahren zu findende Endlager soll sich 300 bis 1500 Meter unter der Erdoberfläche befinden. Dort soll es die 1900 Castor-Behälter mit den atomaren Altlasten aus Deutschlands Kernkraftzeitalter verschließen, auf eine Million Jahre sicher. So lange also, bis die Strahlung der ausgedienten Kernkraft-Brennstäbe wieder auf ein auch in der Natur vorhandenes Strahlungsmaß abgeklungen oder eben für Mensch und Umwelt nicht schädlicher ist. Bisher war die Bundesgesellschaft für Endlagersuche (BGE) in der Regel Hinweisen des sächsischen Landesamtes für Umwelt, Landwirtschaft und Geologie (LfULG) gefolgt, wenn dieses von der BGE für tauglich befundene Areale überprüft und wegen in Sachsen verfügbarer Daten vielmehr als nicht geeignet einstufte. Jetzt beißt die Landesbehörde mit ihren Argumenten bei der BGE erstmals auf Granit, so scheint es.

Es geht um vier Teilflächen, die die Endlagersucher der Bundesgesellschaft durchaus für tauglich halten, auch wenn das Landesamt in zwei von ihnen eine tektonische Störungszone ausmacht. Eine solche würde normalerweise von vorn herein ein Ausschlusskriterium darstellen. Würde! Die eine Stö-

rungszone verläuft etwa in Nordsüdrichtung von Waldheim aus über die Außenbereiche von Mittweida bis in den Nordosten von Chemnitz. Die zweite Störungszone macht zumindest das Landesamt zwischen Kamenz und Bautzen aus. Von Nordost nach Südwest verlaufend, kreuzt sie unter anderem die Gemeinde Radibor.

Zur jüngsten Versammlung des Nationalen Begleitgremiums für die Endlagersuche wurden diese Störungszone zum Thema. Das Gremium besteht aus 18 unterschiedlichen Persönlichkeiten: renommierte Wissenschaftler, Vertreter von Umweltorganisationen, Studenten, Handwerker, ehemalige Politiker, die entweder von Bundestag oder Bundesrat nominiert oder in Beteiligungsverfahren berufen wurden. Sie sollen das Auswahlverfahren hinterfragen und gegenüber der Öffentlichkeit transparent machen.

Auf Rückfrage von Gremiumsmitgliedern führte Katrin Kleeberg den Diskurs zwischen ihrer Behörde und der Bundesgesellschaft aus. „Wir haben dort nun mal kein Rupel“, erklärte die Frau, die beim Landesamt für Umwelt, Landwirtschaft und Geologie den Geologie-Fachbereich leitet. Rupel, kurz für Rupelium bezeichnet das erdgeschichtliche Intervall, das vor knapp 34 Millionen Jahren begann und vor 28,1 Millionen Jahren endete. Störungszone aus dieser Zeit gelten laut Standortauswahlgesetz als noch aktiv und sind so für den Standort eines Atommüllendlagers ausgeschlossen. Das Gesetz fordert von einem geeigneten Standort, dass eine Höhenverschiebung innerhalb eines Jahres weniger als einen Millimeter beträgt. Kein Wunder: Verschiebe sich der

Boden mit dem Atommülllager stetig pro Jahr um einen Millimeter, läge das Lager schließlich nach einer Million Jahre dennoch einen ganzen Kilometer höher oder tiefer als ursprünglich. „In den Störungszone, die wir ausgewiesen haben, kann man an der Oberfläche Versatz bei Gesteinsschichten erkennen“, erklärte Katrin Kleeberg. Doch mögen diese Verschiebungen, die im Untergrund stattfanden, eben länger als jene 34 Millionen Jahre her sein. Damit gelten sie als inaktiv. Ob sie das bleiben, sei dahingestellt.

Neben den beiden Störungszone gibt es im Landkreis Nordsachsen wie auch an der weiter östlich verlaufenden nördlichen Grenze des Freistaates noch zwei Landstreifen, bei denen die Meinungen von Endlagersuchern der BGE und dem Landesamt auseinandergehen. Der größere Landstrich liegt an der Grenze zu Brandenburg zwischen der Gohrisch-Heide im Westen und der Königsbrücker Heide im Osten. Der Grund für Sachsens Landesamt, die Bereiche auszuschließen, war, dass dort nach seiner Einschätzung keine der drei für ein Atommülllager für möglich erachteten Gesteinsarten – Kristallin, Ton oder Salzstein – vorhanden sein dürfte. Das indes will die BGE noch genau überprüfen.

Neben den behördlich umfochtenen Gebieten sind noch viele Teile Sachsens für ein Atommülllager im Rennen, die neben der BGE auch das Landesamt für plausibel hält. Weite Teile Mittelsachsens gehören dazu, das Erzgebirge zwischen Ehrenfriedersdorf und Altenberg sowie weite Teile des Freistaates östlich von Dresden und einzelne Flächen in und um Leipzig herum.

Krümmel: „Das Zwischenlager soll kein Endlager werden“

Gemeinden und Städte mit abgeschalteten Kernkraftwerken wie Geesthacht fordern Entschädigung. Endlagerung wird sich Jahrzehnte hinziehen

Marc Nasner

Geesthacht/Krümmel Im Juli 2009 wurde das Kernkraftwerk Krümmel nach mehreren technischen Pannen abgestellt. Unter dem Eindruck der Nuklear-Katastrophe im japanischen Fukushima beschloss der Bundestag keine zwei Jahre später den Ausstieg aus der Atomenergie. Das KKW ging nie wieder ans Netz. Abschaltung und politischer Beschluss sind nunmehr 16 beziehungsweise 14 Jahre her. Die Spuren von rund 25 Jahren Betrieb sind allerdings noch heute unweit der Elbe gut sichtbar – und werden es aller Voraussicht nach noch viele Jahrzehnte bleiben.

Mit den Herausforderungen des Rückbaus eines Kernkraftwerks und der Lagerung radioaktiven Abfalls beschäftigen sich die Mitgliedsgemeinden der Arbeitsgemeinschaft der Standortgemeinden kerntechnischer Anlagen in Deutschland (ASKETA). Erstmals seit Gründung der Arbeitsgemeinschaft im Jahr 1994 kamen deren Mitglieder nun in Geesthacht zusammen. Auf der Tagung suchen die Kommunen gemeinsam Lösungen und Wege, wie sie ihre Interessen gegenüber dem Bund geltend machen.

Jährlich 10.000 Euro pro eingelagertem Castor-Behälter

Ganz konkret fordern die Standortgemeinden mehr Geld von der Bundesregierung: Zwei Millionen Euro als Sockelbetrag pro Standort und Jahr wollen die Mitgliedsgemeinden der ASKETA. Zusätzlich sollen jährlich 10.000 Euro pro eingelagertem Castor-Behälter fließen. Darüber hinaus sollen die Beträge sich dem Preisindex anpassen. Die Forderung der ASKETA-Kommunen orientiert sich an den Kompensationszahlungen,

die die Gemeinden Ahaus und Gorleben erhalten, wo sich Zwischenlager befinden. 1,278 Millionen Euro jährlich fließen laut ASKETA nach Ahaus. Zwischen Bund und der Gemeinde Gorleben soll es vergleichbare Verträge geben. „Unsere Gemeinden tragen die Verantwortung nicht erst seit gestern. Viele von ihnen sind bereits seit Jahrzehnten mit der Lagerung radioaktiver Stoffe betraut und werden diese Rolle auch in den kommenden Jahrzehnten übernehmen müssen. Diese dauerhafte Belastung kann jedoch nicht einseitig auf kommunaler Ebene getragen werden. Sie muss fair ausgeglichen werden – finanziell, rechtlich und politisch“, heißt es in einer gemeinsamen Erklärung der Mitgliedsgemeinden.

Atommüllendlager sollte eigentlich 2050 in Betrieb gehen

Eine Kompensation müsse es alleine schon aus dem Grund geben, da die Fläche, auf der ein Kernkraftwerk steht, nicht anderweitig genutzt werden kann. „Wir brauchen viel Fläche. Dadurch geht Gewerbesteuer verloren“, erklärt Stefan Martus (CDU), Bürgermeister der Mitgliedsgemeinde Philippsburg (Baden-Württemberg). Da auch das Kernkraftwerk in Philippsburg nicht mehr am Netz ist, würde auch dieses keine Gewerbesteuer mehr einbringen. Gleiches gilt für das Kernkraftwerk Krümmel und Geesthacht.

Das Problem: Bis ein Atommüllendlager in Betrieb geht, dürften noch mehrere Jahrzehnte ins Land gehen. Das im Standortauswahl-Gesetz angepeilte Jahr 2031, in dem der Standort für das zentrale Lager gefunden sein sollte, ist laut einer Regierungsstudie nicht im Ansatz zu halten. Vielmehr wird davon ausgegangen, dass 2074 ein Endla-

ger gefunden ist. Ursprünglich war geplant, dass das Endlager im Jahr 2050 in Betrieb geht. Für die Mitgliedsgemeinden der ASKETA ist es deshalb auch wichtig, immer wieder auf die Problemstellung hinzuweisen. „Wir wollen nicht, dass das Thema in Vergessenheit gerät“, sagt Geesthachts Bürgermeister Olaf Schulze, der stellvertretender Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft ist. Es dürfe sich nicht der Gedanke einschleichen, dass die jetzige Situation in Ordnung sei. „Das Zwischenlager soll ein Zwischenlager bleiben und kein Endlager werden“, sagt Schulze.

Hintergrund: Die Einzelteile des Kernkraftwerks Krümmel werden in sogenannte Konrad-Container verpackt. In diesen sollen die schwach- und mittelradioaktiven Abfälle irgendwann einmal im Schacht Konrad bei Salzgitter eingelagert werden. Zuvor kommen sie ins Krümmeler Zwischenlager, einer 65 x 48 x 16 Meter großen Halle im rückwärtigen Bereich des Geländes. Betrieben wird es von der Bundesgesellschaft für Zwischenlagerung (BGZ). Platz gibt es dort für 1200 Konrad-Container. Etwa 170 davon werden durch den Abbau in Krümmel anfallen.

Atommüll soll im Schacht Konrad eingelagert werden

Doch wann und ob überhaupt die Konrad-Container abtransportiert werden, steht noch in den Sternen. In den 2030er-Jahren soll der Schacht Konrad eigentlich als Endlager in Betrieb gehen. Doch aktuelle Recherchen von NDR und Bayerischen Rundfunk legen nahe, dass sich die Inbetriebnahme verzögert – oder gänzlich zerschlägt. Grund hierfür könnten wasserrechtliche Genehmigungshürden sein. Demnach könnten Grenzwerte für Pla-

tin, Quecksilber, Eisen oder Aluminium überschritten werden und die Stoffe ins Grundwasser gelangen. Das Bundesumweltministerium sieht die Einlagerung von radioaktiven Stoffen im niedersächsischen Schacht „Konrad“ trotz

Hürden bei der Genehmigung nach eigenen Angaben nicht als gefährdet an.

Olaf Schulze, Bürgermeister Geesthacht (SPD)

Das Zwischenlager soll ein Zwischenlager bleiben und kein Endlager werden.

Wörter:	656	Jahrgang:	2025
Autor/-in:	Marc Nasner	Nummer:	152
Seite:	26	Ausgabe:	Hauptausgabe
Ressort:	Lokales	Auflage:	8.359 (gedruckt) ¹
Medienkanal:	PRINT		9.766 (verkauft) ¹
Mediengattung:	Tageszeitung		9.957 (verbreitet) ¹
Medientyp:	PRINT	Reichweite:	0,05176 (in Mio) ²

¹ von PMG gewichtet 04/2025

² von PMG gewichtet 7/2024